Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 28. November

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

i Prohibition.

(Von unserem Washingtoner Korrespondenten.)

SPD. New York, im November (Eig.Ber.)

In dem Reigen der täglichen Ueberraschungen, die die amerikanische öffentliche Scene unter dem Hoover-Regime bringt, darf diesmal auch die Prohibition nicht fehlen. Jetzt hat die Bundes-Prohibitionsbehörde ihren Bericht für das letzte Rechnungsjahr vorgelegt und damit wieder einmal der amerikanischen Nation im besonderen und der Welt im allgemeinen einleuchtend bewiesen, zu welchen moralischen Tiefen man im hochgepriesenen Lande der Freiheit herabgesunken ist. Dass dieser Bericht gleichzeitig die Rechenschaftslegung der Prohibitionsbehörden über ihr erstes Arbeitsjahr unter Oberaufsicht des Bundes-Justizdepartements ist, verleiht der Situation eine pikante Note und nimmt den Leute den Wind aus den Segeln, die sich von der Heranziehung der höchsten Justizbehörde ein gründliches Meistern des nationalen Alkoholverbots versprochen hatte

Im Fiskaljahre 1930/31 wurden 62 902 Personen wegen Verletzung der Prohibitionsbestimmungen verhaftet, 21 373 Alkoholanlagen stillgelegt und konfisciert und 38 158 431 Gallonen Wein, Bier und andere Spirituosen beschlagnahmt. Die strafrechtliche Schuld der übergrossen Mehrheit dieser "Verbrecher" wurde teilweise mit Geldstrafen, teilweise mit geringen Haftstrafen gesühnt. Die Durchführung des noblen Experiments verschlag in demselben Jahre 10 Millionen Dollar Bundesgelder. Insgesamt wurden von den Bundesbehörden in den elf Prohibitionsjahren 300 813 Alkoholanlagen stillgelegt, die ungeheure Menge von über 291 Millionen Gallonen alkoholischer Getränk beschlagnahmt und 681 342 Personen strafrechtlich verfolgt. Wie sich dieser Prohibitionskrieg weiterhin auswirkte, in welch verheerender Weise die Moral des amerikanischen Volkes untergraben und die Grundlage zu einer bisher im amerikanischen Nationalleben unerhörten Kriminalität gelegt wurde, ist der internationalen Öffentlichkeit an Hand der täglichen Verbrechenslisten zu bekannt, um noch ausdrücklich festgenagelt zu werden.

Mit einer Geschicklichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, wollen die Amtsstellen den Eindruck hervorrufen, dass über 85 % der Prohibitionsfälle der letzten Jahre strafrechtlich gesühnt worden sind. Diese Andeutung ist so irreführend und so auf Gimpelfang angelegt, dass sie weit über die Kreise der Prohibitionsgegner hinaus den stärksten Protest des amerikanischen Publikums hervorgerufen hat. In Wirklichkeit war nämlich fast jede einzelne dieser Verurteilungen das Resultat eines simplen Kuhhandels zwischen den Strafbehörden und den Angeklagten, die aus verständlichen Gründen einen gütlichen Vergleich mit der Gesetzesmaschinerie anstatt unabsehbaren Plackereien vorzogen. Es waren rechtliche Kompromisse, wie sie eindeutiger nicht gedacht werden können und wie sie unter stillschweigender Duldung der Öffentlichkeit im amerikanischen Rechtsleben gang und gäbe geworden sind. Die Angeklagten gestanden gegen Zusicherung milder Strafen ihre "Schuld" ein und nahmen den Strafinstanzen damit die Last ab, den Nachweis der Strafbarkeit des Angeklagten führen zu

müssen. Mit anderen Worten, die Behörden hatten ihr und der Justiz vermeintliches Ansehen vor der Öffentlichkeit gerettet, und die andere Seite zog mit dem Bewusstsein, sich den Umständen entsprechend billig losgekauft zu haben, stillvergnügt von dannen. Wo solche Dinge tagtäglich vorkommen, ist es lächerlich von einwandfrei funktionierenden Justizinstitutionen zu reden oder den Massen gar den reichlich abgestandenen Unsinn von der Erhabenheit der Gerechtigkeit weiterhin vorzusetzen. Wo immer man das Problem angreifen mag, man gelangt unweigerlich zu dem Ergebnis, dass die Prohibion sich nicht nur aus sich heraus als undurchführbar erwiesen hat, sondern nicht einmal imstande gewesen ist, der stetig fortschreitenden Veralkoholisierung Amerikas einen Riegel vorzuschieben.

Natürlich gibt sich die übergrosse Mehrheit der vernünftigen Amerikaner keinen Illusionen über die Bedenklichkeit der Wiedereinführung des öffentlichen Alkoholausschankes hin, aber sie glaubt, dass sie von zwei Uebeln das beträchtlich kleinere ist. Aber auch die Propaganda fanatischer Prohibitionsgegner, ihren Anhängern und Wählern wider besseres Wissen die Fata Morgane der Arbeitsbeschaffung für eine Million Menschen bei Zulassung der Brauindustrien vorzuspiegeln, gibt der Situation ein verzerrtes Gesicht. Darum geht es, so wünschenswert eine solche, übrigens ganz entschieden zu bezweifelnde Aufschliessung neuer industrieller Arbeitsmöglichkeiten auch wäre, in diesem Momente in Amerika nicht. Worum es geht, ist die Sauberkeit im amerikanischen Volksleben, ein Problem, das auch den amerikanischen Arbeiter, mag er der herrschenden Gesellschaftsordnung noch so ablehnend gegenüberstehen, aufs stärkste angeht und von ihm sicherlich nicht mit billigen Phrasen abgetan werden kann.

Die amerikanische fortschrittliche Arbeiterschaft, gezwungen in dem Sumpf amerikanischer politischer und wirtschaftlicher Rückständigkeit zu leben, ist sich wohl ihrer Aufgabe bewusst sich von der nationalen Prohibitionsepidemie nicht innerlich verseuchen zu lassen. Für sie ist die Beseitigung der Prohibition mit ihren ungeheuerlichen Korruptionserscheinungen nicht wie in den bürgerlichen Lagern eine Zweckmässigkeitsfrage, sondern eine Prinzipienfrage. Für sie gibt es selbst in den Arbeiterkreisen, die dem Alkohol ablehnend gegenüberstehen, nur eine Lösung des Problems! Hinweg mit dem Volstead-Gesetz, das aus den Vereinigten Staaten einen einzigen giftigen Morast gemacht hat.

SPD. Der frühere Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel ist zum Polizeipräsidenten in Dortmund ernannt worden. Zörgiebel tritt sein neues Amt sofort an.

SPD. München, 28.November (Eig.Drahtb.)

Die Veröffentlichung der Mordliste aus dem "Braunen Haus" hat eine seltsame "Klärung" gefunden. Die Erhebungen der Polizei in Hitlers Palais haben den Verdacht der Urheberschaft auf einen gewissen Nazimann Friedrich Lödel gelenkt. Bei dem Verhör gab dieser Lödel - wie der Polizeibericht meldet, - sofort zu, dass er die Liste ohne Zutun und Wissen der Parteileitung angefertigt und der "Münchener Post" zur Verfügung gestellt habe. Ausserdem gestand er, dass er, um das sozialdemokratische Blatt hineinzulegen, einen vertraulichen Brief des Adjutanten Röhm von Graf du Moulin-Eckart vorzeigte, den er ebenfalls selbst verfasst habe. Die Erhebungen der Polizei wurden inzwischen der Staatsanwaltschaft übermittelt.

Diese merkwürdige Aufklärung legt den Veracht nahe, dass Lödel seine Fälschungen in höherem Auftrage begangen hat, um durch die polizeiliche Aufdeckung der Fälschungen in der Oeffentlichkeit den Nachweis zu führen, dass den dutzendfachen Morddrohungen der Naziführer zurzeit noch keine Vorbereitungshandlungen zugrunde liegen.

Der auch in die Röhmangelegenheit verwickelte Graf du Moulin-Eckart ist

im übrigen Leiter einer Geheimdienstabteilung im Braunen Hause. Als Chef einer Nachrichtenorganisation hat er im besonderen die SA-Abteilungen zu überwachen. Sein Kollege vom Geheimdienst für die SS, die Tscheka im dritten Reich mit einer berittenen Abteilung, ist der Erbprinz Waldeck von Pyrmont. Als Stabschef des Reichs-SS-Führers, des Abgeordneten Himmler, arbeitet S.Durchlaucht ebenfalls im Braunen Haus mit der Aufgabe, Hitlers spezielle Naziknechte nicht nur zu organisieren, sondern auch zu bespitzeln. Vor ihm hatte diese Stellung, als sie noch nicht so ausgebaut war, ein Freiherr von Possana inne, der aber fristlos entlassen wurde und nun eine Klage vor dem Arbeitsgericht wegen Nachzahlung einiger 1000 Mark anhängig gemacht hat. Schliesslich hat sich Hitler persönlich einen eigenen geheimen Nachrichtendienst eingerichtet, an dessen Spitze zurzeit ein Herr Schumann steht.

SPD. Von einem Standartenführer der Berliner SA wird uns unter dem Titel "Hitlers Doppelspiel" geschrieben:

"Die sensationelle Aufdeckung des Mordprogramms der hessischen Nationalsozialisten ist den Berliner SA -Kreisen durchaus nicht überraschend gekommen. Analoge Ausführungen liegen bei einer ganzen Reihe anderer Landesorganisationen der Nazi gleichfalls vor. Z.B. in Braunschweig, Oldenburg, Danzig und Anhalt. In all diesen "Richtpunkten" werden genaue Anordnungen für die Machtübernahme gegeben. Die Erschiessung sämtlicher prominenter Gegner, Presseverbot, Internierungslager für alle "Unzuverlässigen" sind dabei die selbstverständlichen Voraussetzungen. Diese "Richtpunkte" gehen auf eine "Anregung" des Münchener Stabskommando zurück, die vor etwa einem Jahre erfolgte. Sie sind offiziell nur als provisorische unverbindliche "Leitfäden" gedacht, und werden von der Münchener Zentrale offiziell nicht gekannt. Man überlässt sie dem Gutdünken der einzelnen lokalen SA-Führer. Gerade deshalb ist man in den radikalen Berliner SA-Kreisen auf das äusserste verwundert und empört, dass jetzt Hitler und Röhm die hessischen Vertrauensleute abschütteln und ihre Programmpunkte als "unverbindliche Privatarbeit" hinstellen wollen. Es hat deshalb bei einer Geheimsitzung der Berliner Sturm- und Standartenführer am Donnerstag einen furchtbaren Skandal gegeben, bei der die "Hitlertreuen" niedergeschrieen wurden. Man verlangte, dass die Berliner Parteileitungen sich zu den hessischen Pg. bekennen und gegen Hitler wegen seiner "feigen und verräterischen Haltung" protestieren sollten. Die SA-Leute fühlen sich durch die zweideutige Politik der Münchener Parteileitung hintergangen und gefährdet."

SPD. Beuthen O/S., 28.Nov. (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend nachmittag hat sich der Bürgermeister der oberschlesischen Gemeinde Miechowitz bei Beuthen O/S. Dr. Lazarek in seinem Dienstraum erschossen. Lazarek, der der Zentrumspartei angehörte, war Vorstandsmitglied des oberschlesischen Landgemeindeverbandes sowie des Oberschlesischen Kulturverbandes. Es wurden gegen ihn in der letzten Zeit wegen der Beteiligung der Gemeinde an dem Zusammenbruch einer Genossenschaftsbank und wegen seiner Steuerpolitik heftige Angriffe in der Öffentlichkeit erhoben.

SPD. Der Wohnungsausschuss des Reichstags nahm am Sonnabend folgende Entschliessung an :

"Der Reichstag wolle beschliessen, die Reichsregierung zu ersuchen, im Sinne der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 1.Dezember 1930 baldigst

einen Gesetzentwurf über ein soziales Mietrecht vorzulegen, worin u.a. bei voller Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Notwendigkeiten Missbräuchen der Vertragsfreiheit vorgebeugt wird, wucherische Mietforderungen verhindert werden und mutwilligen und sozial nicht gerechtfertigten Kündigungen ein Riegel vorgeschoben wird."

SPD. Halle, 28.November (Eig.Drahtb.)

Die Stillegungen im Halle'schen Wirtschaftsbezirk nehmen in beängstigender Weise zu. Nachdem das Stahlwerk Frankleben, ein Nebenbetrieb eines grösseren Siegen-Solinger Konzerns, stillgelegt worden ist, haben jetzt auch die Hüttenwerke Trotha in Halle ihre Stillegung zum Ende des Jahres angezeigt. Hunderte von Arbeitern und Angestellten werden so die im Bezirk Halle ohnehin schon weit über dem Reichsdurchschnitt stehende Arbeitslosenziffer noch ungünstiger beeinflussen.

SPD. Auf Veranlassung der Reichsregierung wird die Voruntersuchung in Sachen des Putschisten Best und Komplizen nicht mehr von Jorns geführt. Mit der Untersuchung ist am Sonnabend ein anderer Reichsanwalt betraut worden.

SPD. Halle, 28.November (Eig.Drahtb.)

Das bisherige Ermittlungsergebnis, insbesondere die Feststellung zahlreicher Unstimmigkeiten in Bilanzen, die der Inhaber des kürzlich in Konkurs geratenen Halleschen Bankhauses Schönlicht, Bankier Walter Schwarz, einigen Kreditinstituten vorgelegt hatte, hat zur Verhaftung des Bankiers wegen Fluchtverdachts geführt. Der Verhaftete war bisher Vorsitzender der mitteldeutschen Landesorganisation der Staatspartei. Zu denen, die er um nicht unerhebliche Summen geschädigt hat, gehört auch der preussische Handelsminister Dr.Schreiber.

SPD. Die Reichsregierung hat der Britischen Regierung durch die Deutsche Botschaft in London vorgeschlagen, sofort in freundschaftliche Verhandlungen über die Lage einzutreten, die durch die neuesten englischen Zollmassnahmen entstanden ist.

SPD. Darmstadt, 28.November (Eig.Dr.)

Der hessische Justizminister hat den Putschisten Dr. Best mit sofortiger Wirkung ausser Verwendung gesetzt. Best kehrt nicht mehr in den Staatsdienst zurück.

SPD. Paris, 28.November (Eig.Drahtb.)

Der Redaktionsausschuss des Völkerbundsrates, der mit der Ausarbeitung des Entschliessungsentwurfes zum Konflikt in der Mandschurei beauftragt ist, hielt am Sonnabend vormittag wieder eine Sitzung ab. Dem Beginn der Sitzung wohnte der chinesische Delegierte Sze bei, der eine Darstellung der Forderung Chinas inbezug auf den Wortlaut der Entschliessung gab. Sze zeigte ziemlich weitgehende Kompromissbereitschaft, wünschte aber, dass in der Entschliessung die Notwendigkeit eines sofortigen Aufhörens der Feindseligkeiten und einer

baldigen Räumung zum Ausdruck gebracht wird. Nachdem Sze die Sitzung verlassen hatte, beriet der Ausschuss über die chinesische Forderung und bemühte sich, eine Formel zu finden, die eine schnelle Räumung vorsieht, ohne dass diese Klausel eine Bindung für Japan darstellt.

Am Nachmittag traten dann die Ratsmitglieder ohne China und Japan zu eine geschlossenen Sitzung zusammen, um zum abgeänderten Entschliessungsentwurf Stellung zu nehmen. Man diskutierte über die Frage, einen Zusammenhang zwische der nach China zu entsendenden Kommission und der Räumung herzustellen, d.h. man will in der Entschliessung zum Ausdruck bringen, dass, wenn bei Ankunft der Kommission die japanischen Truppen die Mandschurei noch nicht geräumt haben, die Kommission einen Interimsbericht über die Lage in der Mandschurei erstatten soll. Der Redaktionsausschuss tritt am Sonntag-Vormittag und der Völkerbundsrat am Sonntag-Nachmittag zusammen.

Ueber die Lage in Tschintschau und Tsientse hat der chinesische Delegierte in der Sitzung zwei Mitteilungen seiner Regierung überreicht, von denen ein besagt, dass die japanischen Truppen ihren Vormarsch auf Tschintschau fortsetzen. Ein Panzerzug und 700 japanische Soldaten seien am Freitag von Peitschipao in westlicher Richtung abgegangen und hätten einen chinesischen Panzerzug angegriffen. In dem zweiten chinesischen Schreiben wird mitgeteilt, dass am 26.November etwa 20 Zivilisten in dem Chinesenviertel von Tsientse die chinesische Polizei angegriffen haben. Die Polizei habe sofort die notwendigen Gegenmassnahmen getroffen. Unter dem Vorwand, dass einzelne Schüsse auf die japanische Kommission abgegeben worden sind, hätten die dort stationierten japanischen Truppen das Chinesenviertel mit 40 Granaten bombardiert und es angegriffen. Der Kampf habe die ganze Nacht angedauert. Die chinesische Polizei habe sich einem Gegenangriff enthalten. 4 Polizeibeamte seien getötet und 20 verletzt worden. Am Freitag früh hätten die Japaner die Angriffe erneuert und die chinesische Polizei gezwungen, das Viertel zu räumen. Auch aus französischer Quelle liegt ein Situationsbericht über die Lage in Tschintschau vor, der nicht günstig lautet.

SPD. Planmässig füllen die Nationalsozialisten ihre Zeitungen, Flugblätte und Flugschriften mit gross aufgemachten Totenlisten, die angeblich die Namen derer enthalten, die auf dem innerpolitischen Kampffelde für nationalsozialistische Ideale den "marxistischen" Mordbuben zum Opfer fielen. Mit der Wahrheit dieser Listen ist es ausserordentlich schlecht bestellt, wie es sich an Einzelfällen, die nachgeprüft werden können, nachweisen lässt. Vor einiger Zeit ging durch die nationalsozialistische Presse z.B. gross aufgemacht ein Bericht nach dem ein 19jähriges Mädchen in Hersfeld überfallen und blutig misshandelt worden sei. Die nationalsozialistische "Hessische Volkswacht" brachte über diesen angeblichen Vorfall am 2.Oktober d.J. folgenden Artikel:

"Hersfeld. Als die 19jährige Tochter eines hiesigen Parteigenossen nachts gegen 1 Uhr nachhause ging, wurde sie 150 Meter vor ihrer Wohnung von vier vermummten Rotmord-Bestien, welche sich hinter der Scheune der Meisebacher Strasse versteckt hielten, überfallen. Mit dem Ruf "Jetzt haben wir die Hitler-Schickse" wurde dermassen mit Knüppeln auf das arme Mädchen eingeschlagen dass sie bewusstlos und blutend zu Boden fiel. Die Täter entkamen unerkannt. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, dass die feigen Mordbanditen in der Meisebacher Strasse und Schlippental wohnen. Eine halbe Stunde später kamen Passanten, die nach Kirchheim wollten, vorbei, hoben das Mädchen auf und brachten es in ihre Wohnung. In welch viehischer Weise das Mädchen zugerichtet wurde, lässt sich garnicht beschreiben. Der Körper war voller Wunden und die Kleidung durchblutet. In derselben Nacht war auch ein Ueberfall auf einen SA. Mann am Uffhäuser Tor geplant. Der SA-Kamerad liess sich jedoch nicht provozieren und entging so der Meute. Wir haben schon öfters die Polizei von

Hersfeld auf dieses Viertel aufmerksam gemacht und um Schutz gebeten, aber man sieht in dieser Gegend, wo sich solche Bestien aufhalten, keinen Polizeibeamten. Wir bitten daher die Polizei von Hersfeld ganz dringend, hier Abhilfe zu schaffen und auch hier in der Meisebacher Strasse und Schlippental nachts etwas mehr ihr Auge zu haben."

Die sehr sorgfältig geführten polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, dass es sehr zweifelhaft ist, ob überhaupt ein Ueberfall stattgefunden hat. Jedenfalls können politische Gründe keinesfalls dabei mitgesprochen haben. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass die angeblich Ueberfallene die ganze Geschichte erfunden hat aus Gründen, die in ihrem Verhalten zu ihrem Verehrer zu suchen sind. Der Vater des Mädchens erklärt, dass er auf der Kleidung seiner Tochter weder Blutspuren, noch Schmutzflecken gesehen habe, auch haben sich trotz wiederholter Aufforderung die beiden Radfahrer nicht gemeldet, die angeblich die Ueberfallene im bewusstlosen Zustande aufgefunden und nach Hause gebracht haben sollen. Für die verhetzende und verlogene Berichterstattung der Nationalsozialisten ist dieser Fall ein charakteristisches Beispiel.

SPD. Braunschweig, 28.Nov. (Eig.Dr.)

Ausgerechnet nach den drei sozialdemokratischen Hochburgen Langelsheim, Wolfshagen und Astfeld, die rein republikanische Mehrheiten aufweisen, hat die Braunschweiger SA. für Sonntag einen Aufmarsch angesetzt. Die drei Gemeindevorsteher waren als zuständige Ortspolizeibehörden aus der Befürchtung heraus, dass durch die Nazis, ähnlich wie in Braunschweig, Strafexpeditionen veranstaltet werden sollen, gegen die Genehmigung der Veranstaltung. Die Regierung hat jedoch durch die Kreisdirektion die Durchführung des Aufmarsches angeordnet und sich über die Beschwerde der örtlichen Polizeibehörde hinweggesetzt. Die Geduld der Bevölkerung ist einer grossen Prüfung unterworfen, da die Nazis bewaffnet aufmarschieren, während den Republikanern jeder Aufmarsch verboten ist.

SPD. In Paris kam es während einer Abrüstungskundgebung, in der massgebende Politiker aus verschiedenen Ländern zu Wort kommen sollten, zu heftigen Radauszenen. Diese Szenen dürften dem Ansehen Frankreichs in der Welt mehr geschadet haben als viele nationalsozialistische Reden und militaristische Handlungen der letzten Jahre.

Versammlungskrawalle wildester Art sind in Frankreich keineswegs selten, aber die Öffentlichkeit misst ihnen im allgemeinen keine besondere Bedeutung bei. Die Vorfälle von Freitagabend dürften hingegen den stärksten Widerhall in der ganzen Welt erwecken, weil sich dieser Sprengungsversuch gegen eine internationale Kundgebung richtete, die von 30 Ländern beschickt war und auf der Ausländer von Weltruf wie Lord Robert Cecil, der frühere amerikanische Botschafter in Berlin und London, Houghton, der greise italienische Völkerrechtslehrer Scialoja und der neue spanische Botschafter in Washington, Madariaga als Redner auftraten. Das sind keineswegs radikale Pazifisten und Antimilitaristen, ebenso wenig wie der deutsche Redner, Reichstagsabgeordneter Joos, oder die französischen Sprecher Herriot, Painlevé und de Jouvenel. Alle diese Herren sind sehr gemässigte Vorkämpfer einer überaus vorsichtigen Abrüstungspolitik und sind zumeist peinlichst darauf bedacht, ihre nationalen Belange zu wahren. Dennoch haben die französischen Nationalisten gegen diese Veranstaltung eine wilde Hetze inszeniert und ihren Verlauf durch Radauszenen übelster Art gestört.

Das war nicht nur eine Unhöflichkeit ersten Ranges gegenüber den ausländischen Gästen, sondern auch gerade vom französischen Standpunkt eine

furchtbare Torheit. Denn jetzt werden Millionen von Amerikanern, Engländern, Spaniern und überhaupt von Menschen aller Nationen - gleichviel, ob ein Landsmann von ihnen als Redner in Paris niedergebrüllt worden ist oder nicht - die Ueberzeugung gewinnen, dass Frankreich ein nationalistisches, fremdenfeindliches, militaristisches und obendrein unhöfliches Land sein müsse, in dem es geradezu gefährlich sei, Frieden und Abrüstung zu propagieren.

In Wirklichkeit gibt es weder ein Frankreich noch ein Deutschland, noch ein England, sondern es gibt in jedem Volke eine mehr oder minder starke Schicht von nationalistischen Rüpeln, die die friedliebenden Massen terrorisieren und denen jede internationale Zusammenarbeit als Landesverrat erscheint Dass diese Schicht gegenwärtig in Frankreich sehr zahlreich ist, dass sie durc ihren Einfluss auf die Presse, auf die Rüstungsindustrie, in der Armee, im Parlament und sogar auf einen Teil der Regierung (Kriegsminister Maginot!) eine Bedeutung besitzt, die weit über die Zahl ihrer eigentlichen Anhänger hin ausragt, steht unzweifelhaft fest. Ebenso unbestreitbar ist, dass die nationalistische Bewegung in Frankreich seit einem Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht hat, und zwar unter dem Eindruck und als Folge des Aufschwunges der Hitlerbewegung in Deutschland. Der Name "Hitler" ist auch auf der Pariser Kundgebung als Zwischenruf während der Rede von Joos wiederholt gefallen. Die französischen Nationalisten und Abrüstungsgegner weisen natürlich auf die Fortschritte des Revanchegedankens in Deutschland hin, um am Vorabend der Weltabrüstungskonferenz jedes Zugeständnis des eigenen Landes zu bekämpfen.

Die deutsche Rechtspresse registriert die Pariser Vorgänge mit einem wahren Triumphgeheul, als handelte es sich bei dieser erfolgreichen Störung einer internationalen Abrüstungskundgebung in Frankreichs Hauptstadt um einen eigene Sieg. Sie benutzen ausserdem die Gelegenheit, um die am Pariser Abrüstungskongress beteiligten deutschen Organisationen zu verhöhnen und dem deutschen Botschafter vorzuwerfen, dass er den Saal nicht demonstrativ verlassen habe. Die Herrschaften haben wirklich keinen Anlass, zu triumphieren. Denn die Radaumacher und Rüpel von Paris sind Fleisch von ihrem Fleisch und Geist von ihrem Geist: es sind die französischen Hugenberger und Hitlerianer in Reinkultur. Es sind die gleichen Methoden - siehe Halle -, es ist das gleiche erbärmliche Niveau, das die Internationale der Friedensstörer auszeichnet.

SPD. Halle, 28.November (Eig.Drahtb.)

In der Halle'schen KPD gehen nach der grossen Konsum-Pleite die Ausschlüsse gleich kolonnenweise vor sich. Nach dem ersten Geschäftsführer Ertinger sind bis jetzt der Genossenschaftssekretär der Halle'schen Bezirksleitung Kränkel, der Zentrallagerhalter Härtel und verschiedene Lagerhalter, die sich im Rahmen des in die Pleite getriebenen roten Proviantamtes selbständig gemacht und sich geweigert haben, 4 % ihrer Umsätze in die Parteikasse zu zahlen, geflogen. Ausserdem wurden 12 bisherige Partei- und Genossenschaftsfunktionäre ausgeschlossen. Ihr Verbrechen besteht darin, dass sie an der Richtigkeit der von der Linie befolgten Politik gezweifelt oder sich geweigert hatten, Parteiarbeit zu leisten. An einem einzigen Tage veröffentlicht das Hallesche Kommunistenblatt eine Liste von 16 zwangsweise zu Renegaten gemachten bisherigen Parteifunktionären. Wenn das so weiter geht, wir Koehnen bald seinem eigenen Bruder Bernhard, einer der Hauptschuldigen an dem A.K.V.-Zusammenbruch, die Parteitür weisen müssen.

SPD. Der evangelische Oberkirchenrat der Altpreussischen Anion tritt in einem Erlass dem Missbrauch der Kinder für politische Demonstrationen entgegen:

Der Erlass legt allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Ge-

meindemitgliedern die Verantwortung dafür aufs Gewissen, dass der Friede des Gemeindelebens und die Weihe des Gottesdienstes keine Störung erleide. Der Pfarrer müsse sich innerhalb und ausserhalb seines Amtes unbeschadet des Rechts der freien Meinungsäusserung von Gewissens wegen vor Augen halten, dass er allen Gliedern der Gemeinde zu dienen habe. Wo er selbst in den Gegensatz der Parteiungen eintrete, müsse er Zurückhaltung und Mässigung bewahren, mit Entschlossenheit der trostlosen Verwilderung des Meinungskampfes entgegentreten und bei der Erörterung nationaler und sozialer Fragen sowie in der Behandlung Andersgesinnter Wahrheit und Liebe zur Geltung bringen.

Weiter verfügt der Erlass, dass die Kirche irgendwelchen parteipolitischen Demonstrationen nicht dienen dürfe, was auch für den geschlossenen Kirchgang politischer Vereinigungen mit ihren Fahnen und Emblemen gelte, wo die Gefahr einer Störung der gottesdienstlichen Andacht besonders gegeben sei. Die althergebrachte Sitte der Einführung von Fahnen kirchlicher Vereine, von Kriegervereins-, Innungsfahnen und dergleichen bei festlichen Anlässen im Gemeindegottesdienst solle durch den Erlass nicht berührt werden.

SPD. Halle, 28.November (Eig.Drahtb)

Eine sehr bemerkenswerte Illustration zu dem Boxheimer Dokument lieferte der Naziredner Kubasch in einer Versammlung in Torgau. Er sagte: Sollten die Preussenwahlen gegen alle Erwartungen nicht kommen, dann entbinde ein Staatsstreich - denn um einen solchen könne es sich nur handeln - auch die Gegenseite von dem auf die Gesetzmässigkeit ihrer Bewegung geleisteten Eide.

Der Vizepräsident des Reichstages, Abgeordneter Stöhr, erklärte in einer Versammlung in Magdeburg: Wenn der Versuch gemacht werden sollte, die preussischen Landtags- und die Reichspräsidentenwahl etwa hinauszuschieben, dann würden die Regierungen ein ungeheures Risiko eingehen.

Sieht das nicht so aus, als ob nach einem Plan gearbeitet würde, der zentral ausgearbeitet ist ?

SPD. Die Vossische Zeitung meldet aus Leipzig :

Der 4.Strafsenat des Reichsgerichts hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Bünger in einem Fall von Hochverrat ein Urteil gesprochen, das für die rechtliche Beurteilung des Boxheimer Komplotts von massgebender Bedeutung ist und in scharfem Widerspruch zu der Rechtsauffassung steht, die Oberreichsanwalt Werner in seinem Interview über das Dokument Dr. Bests vertrat.

Angeklagt war ein deutschnationaler Redakteur Fritz Kannapinn aus Essen, unter dem Verdacht, dass er Pläne zum Umsturz der Verfassung verfolgt habe. Er hat in Briefen gewaltsame Aktionen erörtert, die das "Dritte Reich" herbeiführen sollten. Die Verteidigung Kannapinns bewegte sich genau auf der gleichen Linie wie die der hessischen Nationalsozialisten. Sein Plan habe, so erklärte er, nur für den Fall gegolten, dass eine zur Macht gelangte "Kommune" durch einen nationalen Gegenstoss hinweggefegt und dass nach Wiederherstellung der Ordnung das Reich auf veränderter Grundlage wieder aufgebaut werden müsse.

Das Urteil gegen Kannapinn lautete gemäss dem Antrag des Anklagevertreters auf 1½ Jahre Festung. Auch in der Begründung folgte das Gericht den Ausführungen des Anklagevertreters, der die angebliche Voraussetzung für das Inkrafttreten des Planes, die kommunistische Herrschaft, als eine künstlich zurechtgemachte, unglaubhafte Verteidigung abtat.

Im einzelnen wird in der Begründung gesagt, dass § 86 des St.G.B. auch schon die entfernteste Vorbereitungshandlung zum Hochverrat mit Strafe bedrohe. Es seien auch solche Schritte einbezogen, die die Vorbereitung eines

Hochverratsdeliktes gar nicht zum Abschluss bringen, sondern lediglich die Grundlage für weitere Vorbereitungshandlungen liefern sollen. Diese prinzipielle Judikatur sei keineswegs neueren Ursprungs, sie gehe vielmehr bis in die ersten Jahre des Reichsgerichts zurück. Der Grund liege auf der Hand. Der Staat sei, wenn er sich behaupten wolle, gezwungen, schon die allerersten Ansätze zu einer gegen ihn gerichteten Aktion zu treffen, und er könne nicht warten, bis an die Stelle der Vorbereitung die Ausführung getreten wäre. Bezüglich des Zeitpunktes sei lediglich erforderlich, dass der beabsichtigte Stoss für die ihn Planenden nicht mehr in "nebelhafter Ferne" liege, und was das Angriffsobjekt anlange, so werde der einschlägige Tatbestand bereits erfüllt, wenn die verfassungsmässige Regierung in ihrer Handlungsfreiheit gehemmt werden solle.

Von höchstem aktuellem Wert war auch die Betonung, mit der Präsident Bünger die schon erwähnte Schutzbehauptung Kannapinns zurückwies: der Gerichtshof sei fest überzeugt, dass die hochverräterischen Absichten unmittelbar gegen die jetzige Reichsregierung gerichtet gewesen seien.

SPD. Wien, 28.November (Eig.Drahtb.)

Die Regierung hat sich unter dem Druck der Vertreter der ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt bereit erklärt, den Einfluss der Ausländer in der Leitung der Kreditanstalt gesetzlich festzulegen. Es soll dem Parlament eine Vorlage unterbreitet werden, wonach der Generaldirektor nur mit Zustimmung des Londoner Gläubigerkomitees vom Verwaltungsrat bestellt werden kann. Ausserdem erhalten die Gläubiger noch einen Vertreter im Exekutivkomitee. Drei Vertreter werden von der Regierung ernannt.

SPD. Köln, 28.November (Eig.Drahtb.)

Das Erweiterte Schöffengericht in Köln verurteilte am Sonnabend zwei erheblich vorbestrafte Kommunisten zu je einem Jahr Gefängnis.

Die Angeklagten hatten in einer nationalsozialistischen Versammlung einen SA-Führer mit einer Selterswasserflasche hinterrücks auf den Kopf geschlagen, so dass er bewusstlos zusammenbrach und 5 Wochen krank darniederlag. Leider kann man nicht sagen, dass bei Rohheiten der Rowdies auf der Seite der Hakenkreuzler die Gerichte auch ebenso scharf zupacken.

SPD. London, 28.November (Eig.Drahtb.)

Im Textilbezirk Lancashire ist ein Arbeitskonflikt ausgebrochen, der seine Ursache vor allem in einem Lohnkürzungsversuch der Unternehmer der Spinnereien und Webereien hat. In den Webereien dreht sich der Konflikt um die Frage der Zuweisung von mehr Webstühlen an einen Arbeiter, also um einen Streit über die Produktionsmethoden. Bedenklicher liegen die Dinge bei dem Vorstoss der Spinnereiunternehmer. Bei ihm handelt es sich umeinen direkten Versuch zur Senkung des Lohns und zur Verlängerung der Arbeitszeit. Der Versuch, die Achtundvierzigstundenwoche durch eine zweiundfünfzige zu ersetzen, hat eine besondere Bedeutung, Er stellt eine Bedrohung des Washingtoner Abkommens dar.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Schwerhörigkeit - eine Zeitkrankheit.

Aber man kann den Opfern des Industrielärms helfen.

SPD. In Görlitz wurde das erste Schwerhörigenheim der Welt eröffnet.

Viele Millionen Deutsche führen in diesem Notwinter einen heroischen Existenzkampf. Immer grösser werden die Anstrengungen und Leistungen, die der Einzelne aufwenden muss, um in diesem erbitterten Ringen Aller gegen Alle nicht zu unterliegen. Wenn dies schon für den normalen und gesunden Menschen gilt, wieviel mehr erst für den Körperbehinderten, den durch ein körperliches Gebrechen Benachteiligten, dessen Bemühungen, sich in diesem schonungslosen Wettbewerb zu behaupten, oft genug geradezu aussichtslos sind.

Unter den Körperbehinderten stellen wohl die Schwerhörigen das grösste Kontingent. Fachleute schätzen die Zahl der Schwerhörigen allein in Deutschland auf mehrere Millionen. Eine Zahl, die ständig im Ansteigen begriffen ist, denn die Schwerhörigkeit ist die Krankheit unseres geräuschvollen Jahrhunderts. Die Schwerhörigkeit ist das Uebel der grossen Städte, der Industrialisierung, und es hätte nicht erst des Weltkrieges mit seiner Riesenzahl von Gehörbeschädigten bedurft, um aus ihr eine Zeitkrankheit zu machen. Der Verkehrslärm in den grossen Städten, der nervenzermürbende Grosslärm in den Fabriken hat die Zahl der schwerhörigen Arbeiter von Jahr zu Jahr ansteigen lassen. In bestimmten Berufsgruppen, bei den sogenannten "Grosslärmarbeitern" steht, wie eingehende Untersuchungen ergaben, die Abnahme des Gehörs im genauen Verhältnis zu der Zunahme der Arbeitsjahre. 1926 ergab eine Untersuchung, dass von 458 Kesselschmieden nur 99 normale Hörfähigkeit besassen. Aehnliche Untersuchungen bewiesen, dass besonders die Arbeit mit modernen Nietmaschinen, die bis zu 2000 Schläge in der Minute ausführen, schwere Schädigungen des Gehörapparates zur Folge haben. So ereigneten sich öfters Unfälle dadurch, dass die an solchen Maschinen beschäftigten Arbeiter selbst starke und anhaltende Warnungssignale nicht mehr hören konnten. Zu all diesem kommen noch die mittelbaren Schädigungen des Gehörs durch chemische Reizungen bei den Arbeitern in chemischen Fabriken, bei Glasbläsern und Hüttenarbeitern.

Und was tut die Gesellschaft, um den Schwerhörigen, der sich oft misstrauisch von seiner hörenden Umwelt abschliesst und geistig vereinsamt, wieder in ihre Reihen einzugliedern? Man hat Schwerhörigenschulen geschaffen; man hat den Schwerhörigen, die in 6 grossen Verbänden organisiert sind, die gelben Schutzbinden gegeben; man hat Hörmittel erfunden, oft komplizierte Apparate, die dem Schwerhörigen das Hörvermögen wiedergeben sollen. Darüber hinaus aber hat die schlesische Stadt Görlitz vor kurzem eine Einrichtung geschaffen, die nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt einzig dasteht. Sie baute ein Schwerhörigenheim. Ein 18-Familienhaus, das ganz den Bedürfnissen des Gehörgeschädigten angepasst ist und ihnen den schweren, wirtschaftlichen Existenzkampf erleichtern will. Am Rande der Stadt, mit einem weiten Blick auf die Landschaft, auf das nahe Riesengebirge, liegt das neue Heim; es ist mit hellen, freundlichen Zwei- und Dreizimmerwohnungen ausgestattet. Die Menschen, die hier wohnen, sind zum Teil noch berufstätig. "Denn das Heim", erklärt der Leiter, "will die Berufschancen des Schwerhörigen bessern. Später werden wir auch eine Werkstätte im Hause einrichten und so dem Schwerhörigen Arbeit im Heim selber verschaffen". In jedem Raum fällt der Blick zuerst auf die grosse Signallampe,

denn die akustischen Klingelsignale sind durch eine Lichtsignalanlage ersetzt. Ein Druck auf den Klingelknopf - und zwei Minuten lang flammt das Blinklicht. Da die Lampen transportabel sind, ist ein Uebersehen der Signale unmöglich. Das ganze Haus ist mit der Anlage ausgerüstet. Sie bedeutet für den Schwerhörigen eine Erleichterung, wie sie sich der normalhörige Mensch garnicht vorstellen kann. Auch an die Feuersgefahr für alleinschlafende Schwerhörige ist gedacht worden. Ihre Betten sind mit einer ganz modernen Alarmanlage versehen. An der Matratze befindet sich ein Mechanismus, der bei Gefahr elektrisch ausgelöst wird. Ein Druck auf den Knopf - und das Fussende der Matratze fällt zu Boden. Gleichzeitig flammt an der Wand die Signallampe. Auch der festeste Schlaf kamm dieser Weckvorrichtung nicht widerstehen. Der Schwerhörige, der das "Nichthören" nicht mehr fürchtet, fühlt sich sicher, sein Selbstvertrauen wird gestärkt. Aus Rücksicht auf die normalhörigen Familienangehörigen, die mit im Heim leben, sind die Wände isoliert, um das meist sehr laute Sprechen der Schwerhörigen zu dämpfen. Im Erdgeschoss ist ein grosser Gemeinschaftssaal mit Teeküche und Bibliothek untergebracht. Das Wichtigste in ihm ist natürlich die moderne Vielhöranlage. Sie ermöglicht dem Heiminsassen das Abhören von Vorträgen und die Teilnahme am Rundfunk. Sie bedeutet für ihn die Möglichkeit einer künstlichen Erweiterung seines Hörvermögens - den Anschluss an die hörende Welt, wie der Fachmann sagt.

Die in dem Heim untergebrachten Schwerhörigen stehen unter ständiger ärztlicher Kontrolle. Sie ermöglichen dem Arzt, dem ein moderner Apparat, ein sogenannter "Otoaudion", zur Verfügung steht, eingehende Untersuchungen. Mit Hilfe dieses Apparates lassen sich die feinsten Nuancen des Hörvermögens, die verschiedensten Arten und Grade der Schwerhörigkeit feststellen - was von grosser Wichtigkeit ist, da gerade dieses Krankheitsgebiet noch immer nicht genügend erforscht und die Heilbehandlung noch unvollkommen ist. Um allen denjenigen helfen zu können, die heute noch ängstlich ihr Uebel verheimlichen, um nicht Arbeit und Existenz zu verlieren, wäre zu wünschen, dass das Görlitzer Heim bald in anderen Städten Nachahmung fände.

A.P.

\+ + +

Der Potsdamer Bauskandal. Im Zusammenhang mit den Vorgängen bei den Potsdamer Bauämtern wurde am Sonnabend der Potsdamer Stadtbauinspektor Alfred Rauh vom Potsdamer Hochbauamt verhaftet. Rauh steht unter dem Verdacht der schweren passiven Beamtenbestechung. Ferner liess der Magistrat der Stadt Potsdam das Vermögen der des Betruges verdächtigen Firma Dübener in Michendorf in Höhe von 80 000 Mark und das Vermögen des wegen passiver Bestechung in Haft genommenen Stadtbauinspektors Kiessling in Höhe von 30 000 Mark mit Arrest belegen. Durch viel zu hohe Abrechnungen für durch die Firma Dübener ausgeführte Bauarbeiten dürfte der Stadt Potsdam ein Schaden in entsprechender Höhe erwachsen sein.

\+ + +

Schüning suspendiert. Der durch seine Zeugenaussage im Sklarek-Prozess schwer belastete Generaldirektor Schüning von der Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft (Behala) ist vom Aufsichtsrat dieses Unternehmens bis zur Klärung der Angelegenheit von seinem Amt suspendiert worden. Schüning hat den Antrag gestellt, im Sklarek-Prozess ein zweites Mal vernommen zu werden. Ob das Gericht diesem Antrag stattgeben wird, steht noch nicht fest.

\+ + +

Ein 73 000 Tonnen-Schiff! Auf der Werft von Glasgow (Schottland) wird augenblicklich ein englischer Riesenozeandampfer von 73 000 Tonnen - das grösste Schiff der Welt - gebaut. Der neue für 4 000 Passagiere berechnete Dampfer, mit dem England der "Europa" das Blaue Band des Ozeans wieder entreissen will, ist fast 340 Meter lang, also 40 Meter länger als die "Bremen". Die Kommandobrücke liegt etwa 50 Meter über dem Kiel und 33 Meter über dem Wasserspiegel

Das Schiff, mit dem man eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 30 Knoten zu erreichen hofft, wird mit Oel befeuert werden. Eine neue noch geheim gehaltene Konstruktion soll das Schlingern und damit das Entstehen der Seekrankheit fast völlig unmöglich machen. Der Stapellauf ist für Mai 1932 geplant.

+ + +

Ehe mit einer "Toten"... Das Gericht in Rom wies in einem der seltsamsten Prozesse, die sich in den letzten Jahren abspielten, die Klage auf Nichtigkeitserklärung der Ehe des Rechtsanwalts Camozzini ab. Als Klagegrund hatte der Rechtsanwalt angegeben, dass er sich beim Abschluss der vor Jahren mit der Signorina Vitoria Canizza abgeschlossenen Ehe in der Person geirrt habe. Der Rechtsanwalt erklärte, er habe eine andere geheiratet, als die, die er heiraten wollte. Camozzini ist nämlich Spiritist. Er hat Wahnvorstellungen über die Rückkehr der Seelen auf die Erde. Er glaubte "in spiritistischer Erleuchtung" fest, die Seele einer in jungen Jahren gestorbenen Jugendgeliebten habe sich in seiner Frau verkörpert. Nur deshalb hätte er sie geheiratet. Als er sah, dass er sich getäuscht hatte, drängte er auf Nichtigkeitserklärung der Ehe. Aber das Gericht verfügte, dass es weder die Möglichkeit der Seelenwanderung noch einen Irrtum in der Person anerkennen könne. Denn der Glaube an ein vorgefasstes und bestimmtes Ideal, das man später in einer anderen Frau zu finden meine, sei den meisten Verliebten und Verlobten eigen und die Enttäuschung darüber, es doch nicht gefunden zu haben, ebenfalls. Diesen seelischen Vorgang, meinte der Richter, könne man gut auch ohne Seelenwanderung erklären und verstehen.

+ + +

Campbell als Schatzgräber. Der englische Rennfahrer und Weltrekordmann Sir Malcolm Campbell rüstet sich zu einer Expedition nach der Cocos-Insel im Stillen Ozean. Campbell, der von vier Engländern begleitet werden wird, will den Schatz des Seeräubers Don Pedro Benito, eines der gefährlichsten Piraten des vergangenen Jahrhunderts, suchen. Es heisst, dass Don Pedro Benito auf der Cocos-Insel die im Lauf seiner Räuberjahre erbeuteten Schätze vergraben haben soll. Die Ueberlieferung berichtet weiter, dass Don Pedro alle Mitwisser ermordete, bald jedoch selbst am Mast eines englischen Kriegsschiffes, dessen Besatzung den Banditen auf der Cocos-Insel aufstöberte, erhängt wurde.

+ + +

Schreckensurteil gegen Studentin. In Benares ist zum ersten Mal in der politischen Geschichte Indiens eine Frau zu 14 Jahren Zwangsarbeit und Verschickung verurteilt worden. Die Verurteilte ist eine bengalische Studentin, die der Begünstigung von Terroristen beschuldigt war. Nach der Anklage hatte sie in ihrem Zimmer Explosivstoffe und Feuerwaffen verborgen, die für Attentate gegen Regierungsbeamte bestimmt waren.

+ + +

"Uniform" für Prostituierte. Der Polizeipräfekt von Constantza (Rumänien) hat angeordnet, dass die Prostituierten der Stadt in Zukunft nur noch in einer bestimmten vorgeschriebenen Kleidung ihrem Gewerbe nachgehen dürfen. Die Prostituierten haben eine knallrote Bluse und eine schwarze Schürze, sowie als besonderes Kennzeichen eine von der Präfektur ausgegebene nummerierte Blechmarke zu tragen, die in den kalten Monaten sichtbar am Mantelaufschlag zu befestigen ist. Auch die anderen rumänischen Städte planen ähnliche Massnahmen, "um auf diese Weise das Ueberhandnehmen der Prostitution zu bekämpfen". Ein Bukarester Blatt meint ironisch, dass man auch jenen findigen Beamten, die diese Idee ausgeheckt hätten, eine Prostituiertenblechmarke als wohlverdiente Auszeichnung anhängen solle.

Wirtschaft Technik Handel

Gott strafe England.

(Handelspolitik in der Gefahrenzone - Internationale Hochschutzwelle.)

SPD. Gehen wir in einer Zeit, wo das Zusammenarbeiten in der Welt zur Ueberwindung der Krise notwendiger ist als je, einer weiteren Isolierung der einzelnen Wirtschaften entgegen? Man kann das nicht bestreiten. Welthandel und Handelspolitik stecken in einer fürchterlichen Gefahrenzone.

In England haben die radikalen Schutzzöllner Boden gewonnen. Sie erklären weder die Pfundentwertung, die vorerst eine beachtliche Exportprämie darstellt, noch die vor kurzem durchgeführten Dumpingabwehrzölle für ausreichend und fordern einen protektionistischen Zolltarif. Selbst bei grösster Beschleunigung wird aber dieser Tarif vor Ende Februar nicht fertig zu stellen sein. Also will man für die Zwischenzeit besondere Notzölle für Eisen und landwirtschaftliche Produkte.

England, das seit Abschaffung der Kornzölle um das Jahr 1846 die Idee des Freihandels progagierte und verteidigte, geht zum Schutzzoll über. Den Völkern die sich an die freihändlerische Einstellung Englands wie an ein Evangelium gewöhnt haben, ist es, als wenn die Bäche nun bergauf fliessen. Die englischen Ereignisse haben eine Panik in die handelspolitische Situation getragen. Man schreit nach Abwehr und Gegenwehr, aber man vergisst dabei, dass es England war, von dem in den letzten Jahren Ideen wie die eines Zollwaffenstillstandes ausgingen, und dass die anderen Völker sich solchen Ideen versagten, eben weil man hoffte, England wird freihändlerisch bleiben und seine Zölle nicht erhöhen während man selbst seine Zollmauern lustig aufbaute. Das Wort Gott strafe England, weil es in Rücksicht auf seine Handels- und Zahlungsbilanz und zuguterletzt auch in Rücksicht auf den steigenden Zollprotektionismus in der Welt zu Schutzzölle greift, ist ein unlogisches Wort, das für die ganze Entwicklung des Welthandels gefährlich werden kann. Auch hier gilt das alte Sprichwort, dass jeder mal zunächst vor der eigenen Tür zu kehren hat. Man soll sich davor hüten, nationale Leidenschaften in die ganze Entwicklung zu tragen, und sich auf eine Politik der Repressalien einzulassen. Schon deshalb, weil die Verbundenheit der Weltwirtschaft, das Angewiesensein der einzelnen Wirtschaften aufeinander früher oder später - wir hoffen, dass die Spanne, wo die Welt eine Art englische Lektion über die Verbundenheit in der Weltwirtschaft entgegenzunehmen hat, von recht kurzer Dauer sein wird - Kräfte gegen den Zollprotektionismus auslösen muss. Vorläufig aber stecken wir in der Gefahrenzone.

Von der Entwicklung in England wird Deutschland auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen, da 10 % des deutschen Exports, rund 1 Milliarde Mark jährlich, nach England gehen. Selbstverständlich wird damit die deutsche Zollpolitik vor eine äusserst schwierige Aufgabe gestellt. Nach dem seit 1924 geltenden deutsch-englischen Handelsvertrag ist England verpflichtet, keine Zollpolitik zu treiben, die eine allgemeine Behinderung der deutschen Einfuhr darstellt. Was sich in England jetzt abspielt, verstösst gegen diese Abmachungen und so wird es verständlich, dass die deutsche Regierung erwägt, sich Ermächtigungen für Zollerhöhungen geben zu lassen, die allerdings auf die ganze handelspolitische Situation und nicht allein auf den englischen Fall eingestellt sein sollen. Mit einem Einfuhrverbot für englische Kohle nach Deutschland und mit einer Verknappung von Pfundkontingenten für die Importeure engli-

scher Ware nach Deutschland z.B. könnte Deutschland schon seinen Forderungen gegenüber England Nachdruck verleihen. Aber wir behaupten, dass bei einer Verständigung zwischen den beiden Ländern, deren handelspolitische Beziehungen sich seit 6 Jahren durchaus friedlich entwickelt haben, für beide Teile mehr herauskommen wird.

Typisch für die handelspolitische Situation in der Welt ist auch das Vorgehen der Schweiz. Die Krisenwirkungen haben hier einen scharfen Protektionismus ausgelöst, der in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen seinen Niederschlag fand. Die Schweizer forderten unter Hinweis auf den starken Ausfuhrüberschuss Deutschlands im deutsch-schweizerischen Aussenhandel, dass Deutschland einer Kontingentierung (Begrenzung auf bestimmte Mengen) verschiedener wichtiger deutscher Einfuhrfabrikate zustimme, forderten weiter, dass 70 im deutsch-schweizerischen Handelsvertrag gebundene Zollpositionen freigegeben werden. Die Verhandlungen sind gegenwärtig unterbrochen, da die beiden Delegationen ihre Regierungen zu unterrichten wünschten. Für Deutschland kann man erklären, dass eine Annahme der weitgehenden schweizerischen Forderungen in der bisherigen Form nicht möglich ist. Da die Schweiz sich bei den Verhandlungen ausschliesslich auf die Handelsbilanz versteift und das Argument nicht gelten lassen will, dass die deutsch-schweizerische Zahlungsbilanz, schon infolge des starken deutschen Fremdenverkehrs, der der Schweiz jährlich mindestens 80 bis 100 Millionen schweizer Franken erbringt, für Deutschland passiv ist, wird eine Lösung der strittigen Fragen ausserordentlich schwierig sein. Von deutscher Seite sind wesentliche Zugeständnisse gemacht worden, um eine Kündigung des Handelsvertrages zu vermeiden. Bei der Stimmung in schweizerischen Regierungskreisen ist es fraglich, ob das gelingt.

Auch in Frankreich wagen sich die Schutzzöllner stark hervor. Von den französischen Massnahmen sind jedoch vorwiegend die agrarischen Einfuhrländer betroffen worden, doch berühren die letzten handelspolitischen Massnahmen in Frankreich auch die deutsche Einfuhr stärker. Es handelt sich dabei nicht so sehr um Einzelmassnahmen wie die Kontingentierung der Holzeinfuhr und die 25%igen Wertzölle auf Schuhwerk, sondern vielmehr um die allgemeine Erschwerung des Fertigwarenimports durch Verdoppelung bezw. Verdreifachung der Einfuhrsteuer. Diese Einfuhrsteuer galt bisher in Frankreichsals Ausgleich für die im Lande erhobene Umsatzsteuer und betrug allgemein 2 %, bis man den Satz für Rohstoffe auf 4 % und den Satz für Fertigfabrikate sogar auf 6 % heraufsetzte. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine verkappte Zollerhöhung.

Alles das riecht nach Zollkrieg. Die Erregung in Frankreich und in Nordamerika über die englischen Zollmassnahmen, die in Frankreich aufgestellte Forderung, sofort 15%ige Sonderzölle gegen Valutadumping einzuführen, reden eine deutliche Sprache. Nichts kann aber die Welt in der gegenwärtigen Krisensituation weniger gebrauchen als Handelskrieg. Handelspolitische Konflikte würden die Lage noch mehr komplizieren. Krieg ist Untergang, Verständigung aber Rettung!

SPD. Der Einzelhandel durchlebt schlimme Enttäuschungen. Er geriet politisch ins Schlepptau der Gross- und Schwerindustrie und hatte lange Zeit lustig über die hohen Löhne geschimpft und Abbau der Löhne gefordert. Schliesslich fühlte man sich auch als Unternehmer und vergass, dass man nur verkaufen konnte, wenn die Arbeiter verdienten. Die Löhne sind dann abgebaut worden. Jetzt merkte der Einzelhandel, dass dieser Lohnabbau mit auf seine Kosten ging. Seine Umsätze verringerten sich. Es kann deshalb nicht wundernehmen, dass sich die Vertreter des Einzelhandels und des Handwerks im Wirtschaftsbeirat stark dem Standpunkt der Gewerkschaftsvertreter näherten, die sich mit allen Mitteln gegen einen weiteren Lohnabbau wandten.

Zu der Enttäuschung über den Lohnabbau kommt beim Einzelhandel noch die Enttäuschung über den Preisabbau. Es zeigt sich immer mehr und mehr, dass die

die Interessenvertreter der grossen Wirtschaftsgruppen, wenn sie einmal von Preisabbau reden, nicht an den Abbau der Kartellpreise und der hohen Zölle, die die Ware verteuern müssen, denken, sondern dass das Spiel dahin geht, den Preisabbau auf den Kleinhandel zu beschränken. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, in dem der Einzelhandel in Deutschland organisiert ist, hat sich jetzt mit einer Denkschrift an die Regierung gewandt, in der er seiner Enttäuschung Ausdruck gibt. Er verweist darauf, dass die sogenannten freien Preise stark gesunken sind, die Mieten, die Fahrpreise, die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser aber nicht. Er verweist weiter darauf, dass die Kartellpreise die Senkung der freien Preise nicht mitgemacht haben und dass man weit davon entfernt ist, an einen Abbau der überhöhten Zölle zu gehen. Die Denkschrift des Einzelhandels enthält zum Teil äusserst interessantes Material, das u.a. zeigt, wie der überhöhte Zoll die Preise beeinflusst. Wir geben aus diesem Material eine Zusammenstellung wieder, die auf der linken Seite den Preisrückgang bei solchen Waren zeigt, die durch Zölle beeinflusst sind, und auf der rechten Seite den Preisrückgang solcher Waren, die durch Zölle nicht beeinflusst werden:

Preisrückgang seit 1930, Stichtag 1. Juni, bei Waren, die durch Zölle beeinflusst sind:

Mehl billigst	+ 3,8	%
Mehl mittl. Qualität	+ 3,4	"
Brot	- 1,7	"
Schnittnudeln	- 2,3	"
Butter billigst	- 2,5	"
Kristallzucker	- 3,1	"
Malzkaffee	- 5,7	"
Röstkaffee billigst	- 7,7	"
Graupen grob	- 10,3	"
Stangenmakkaroni	- 10,3	"
Hartweizengries	- 12,1	"
Eier billigst	- 13,8	"
Erbsen gelb, ungeschält	- 13,8	"
Schweineschmalz	- 17,8	"

Preisrückgang seit 1930, Stichtag 1. Juni, bei Waren, die durch Zölle nicht beeinflusst sind:

Schweizer Käse	- 7,3	%
Limburger "	- 8,0	"
Holländ. Heringe	- 11,7	"
Milchschokolade	- 11,9	"
Edamer Käse	13,9	"
Kokosnuss	- 13,8	"
Gemüseerbsen (1 Dose)	- 14,5	"
Mandeln	- 15,7	"
gelbe Kernseife	- 17,0	"
billigste Margarine	- 17,6	"
Cervelatwurst	- 19,9	"
Kakao	- 20,5	"
junge Schnittbohnen	21,75	"
Stockwurst	22,1	"
Leberwurst	- 22,3	"
getrocknete Pflaumen	- 22,7	"
Kokosfett	- 24,1	"
Speisefett	- 33,1/3	".

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass unter Ausschaltung der extremen Werte im gewogenen Durchschnitt die Preise der von Zöllen beeinflussten Waren im Juni 1931 gegen Juni 1930 um 9,4 Prozent zurückgegangen sind. Bei denjenigen Waren aber, die nicht dem Zolleinfluss unterliegen, betragen die Preisrückgänge gegenüber 1930 rund 17 %. Für die Wirkung der Kartellpreise führt die Eingabe der Hauptgemeinschaft folgendes an: Die freien Preise erreichten, 1926 = 100 gesetzt, im Mai 1928 mit 109,8 ihren Höhepunkt. Dann beginnt der Index stark zu fallen. Die geregelten Preise haben allerdings den stärkeren Aufschwung der freien Preise in den Konjunkturjahren nicht in vollem Umfange mitgemacht. Sie steigen aber bis Ende 1929 weiter und ermässigen sich sehr zögernd. Die Bewegung geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Freie Preise	Geregelte Preise
	(Indexziffer 1926 = 100 gesetzt)	
Mai 1928	109,8	102,3
Dezember 1929	92,2	105,3
Juli 1931	62	93,8.

Die verteuernde Wirkung der Kartelle liegt auf der Hand. Hoffentlich wird die Regierung bei Fertigstellung ihres Wirtschaftsprogramms dieses Material berücksichtigen.

SPD. Die grossen Reedereien, die den Seefischfang betreiben, haben vor einiger Zeit einen Beschluss gefasst, den vierten Teil der Flotte nicht mehr ausfahren zu lassen. Man will dadurch die Preise überhöht halten. Welche Missstände sich in der Seefischerei eingenistet haben, geht wohl am besten aus Ausführungen hervor, die Hoffmann=Wesermünde in der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" macht. In diesen Ausführungen heisst es u.a.:

"Die Preise für die an den Seefischmärkten angebrachten frischen Fische regeln sich durch Angebot und Nachfrage auf den täglichen Auktionen. Nachdem alle Arten Seefische während der deutschen Heringssaison (Juli bis Oktober) unverhältnismässig teuer waren, weil ein grosser Teil der Fischdampferflotte auf den Heringsfang ging, fährt nunmehr nach Beendigung des Heringsfangds die gesamte Flotte auf Fischfang in die Nordsee, nach Island, nach der Bäreninsel, ins Weisse Meer und nach Grönland. Dadurch vermehrt sich das Angebot um ein Vielfaches, wodurch die Preise herabgedrückt werden. Kabeljau, Schellfisch, und Seelachs, die vor einigen Wochen noch in der Auktion 20 bis 30 Pfennig das Pfund und darüber gekostet haben, sind heute für 5 bis 6 Pfennig das Pfund zu haben. Der Preisentwicklung nach unten ist jedoch eine Grenze gesetzt und zwar ist durch einen gemeinsamen Beschluss der Fischdampferreedereien ein Mindestpreis von 5 Pfennigen je Pfund festgesetzt worden. Sobald das Angebot so gross ist, dass die Nachfrage selbst bei dem Mindestpreis von 5 Pfennigen nicht das ganze Quantum aufnehmen kann, dann "bleibt der Fisch stehen", d.h. er geht in die Fischmehlfabriken, die ihrerseits jedoch nur 0,9 Pfennig für Magerfische und ½ Pfennig für Rotbarsch und Heringe bezahlen. Die Reeder setzen demnach je Pfund 4,1 bis 4½ Pfennige zu und lassen guten und einwandfreien Fisch zu Schweinefutter verarbeiten, lediglich um zu erzwingen, dass der Grosshandel mindestens 5 Pfennig für ein Pfund Fisch bezahlt."

Wie wäre es, wenn die Regierung mal hier notverordnete?

SPD. Die Offenlegung der Steuerlisten ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Da den bürgerlichen Parteien diese Forderung mit der Zeit immer unbequemer wurde, brachten sie 1929 einen Kompromissantrag ein, der die Regierung um Vorlage einer Denkschrift über die Erfahrungen mit der Offenlegung im Auslande ersuchte. Nach mehr als zweijähriger Ermittlungen hat das Reichsfinanzministerium die gewünschte Denkschrift vorgelegt.

Wenn die bürgerlichen Antragsteller im Jahre 1929 gehofft hatten, mit ihrem Antrag die sozialdemokratische Forderung auf Offenlegung der Steuerlisten zum Schweigen zu bringen, so werden sie durch den Inhalt der Denkschrift bitter enttäuscht. Das Material, das in der Denkschrift zusammengetragen wird, stellt im Gegenteil eine wirksame Unterstützung der sozialdemokratischen Forderung dar, Hatte man bisher geglaubt, dass die Offenlegung nur auf wenige Staaten beschränkt und auch in diesen grösstenteils wieder beseitigt worden sei, so ergibt sich aus der Denkschrift, dass nicht weniger als 24 Staaten die Offenlegung der Steuerlisten für alle oder für einen Teil der Steuern durchgeführt haben. Nahezu alle Steuern werden von der Offenlegung erfasst in Schweden und Norwegen, wo sie seit vielen Jahren besteht, sowie in Italien. Die wichtigsten Steuern - nämlich die Einkommen=, Vermögen= und Gewerbesteuern - werden der Offenlegung unterworfen in Oesterreich, der Tschechoslowakei und in Ungarn. In Frankreich ist die Offenlegung auf die Einkommensteuer, in England und in Finnland auf die Kommunalsteuern beschränkt. Ebenso verschieden gestaltet ist die Art der Offenlegung und der Kreis der Personen, die zur Einsichtnahme berechtigt sind.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Erfahrungen mit der Offenlegung, über die die einzelnen Länder berichten, in der Hauptsache günstig lauten. Hatte man in Deutschland geglaubt, dass die Offenlegung zu einer Kredit=

schädigung der Steuerpflichtigen führen würde, so wird dieser Einwand gegen die Offenlegung von keiner der befragten auswärtigen Regierungen geltend gemacht. Hatte man in Deutschland die Offenlegung vor allem im Hinblick auf die Kapitalflucht bekämpft, so bringen alle Staaten in ihren Antworten zum Ausdruck, dass eine Zunahme der Kapitalflucht infolge der Offenlegung nicht zu beobachten ist. Darüber hinaus wird in mehreren Berichten ausdrücklich betont, dass sich die Offenlegung gut bewährt, zu einer besseren Verteilung der Steuerlasten, zur Hebung der Steuermoral und zur Steigerung des Steuerertrags beigetragen habe. Nur wenige Staaten geben an, dass die Bevölkerung der Offenlegung nur geringes Interesse entgegengebracht habe.

Eine Ausnahme scheinen die Vereinigten Staaten von Amerika zu machen. Hier wurde die Offenlegung 1924 eingeführt, aber schon 1926 wieder ausser Kraft gesetzt; angeblich viell sie nichts genutzt und nur geschadet haben. Aber alle die Einwände, die das amerikanische Schatzamt gegen die Offenlegung erhebt, sind sehr zweifelhafter Natur. Da wird gesagt, dass die Offenlegung den Geschäftsmann zwinge, "jedem Konkurrenten die innersten Einzelheiten seines Geschäfts bekannt zu geben", - eine masslose Uebertreibung, denn aus den summarischen Angaben einer Steuerliste kann auch ein Konkurrent keine Geschäftsgeheimnisse erraten. Da wird weiter gesagt, dass die amerikanische Presse die Offenlegung zu Sensationsmeldungen missbraucht habe, -nichts destoweniger werden in einem Teil der Schweizer Kantone die Steuerlisten sogar von Amtswegen als Druckschriften veröffentlicht, ohne dass dadurch das Sensationsbedürfnis aufgestachelt würde.

Von besonderer Bedeutung aber ist, dass man sich in Amerika gezwungen gesehen hat, wenige Jahre nach der Aufhebung der allgemeinen Offenlegung der Steuerlisten eine beschränkte Offenlegung wieder einzuführen: seit 1929 werden regelmässig die Listen der Erstattungen, Steuerermässigungen und Gutschriften zur Einsichtnahme aufgelegt. Zu dieser Massnahme hat man sich offenbar erst bereitgefunden, nachdem in der Oeffentlichkeit schwere Angriffe gegen die Erlasspraxis des Schatzamtes erhoben worden waren. Denn das Schatzamt hat gelegentlich der Einführung dieser beschränkten Offenlegung die Erklärung abgegeben, dass es nichts zu verbergen habe.

Dieser Vorgang sollte uns gerade in Deutschland zu denken geben. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nicht nur die Offenlegung der Steuerlisten, sondern auch die Offenlegung der Erstattungen und Ermässigungen seit Jahren immer wieder gefordert. Sie ist dabei stets auf den Widerstand des Reichsfinanzministeriums gestossen, das auch sonst jede Auskunft über seine Erlasspraxis unter Berufung auf das Steuergeheimnis abgelehnt hat. Drängt dieses Verhalten nicht gerade dem unbefangenen Beobachter den Verdacht auf, dass unsere Finanzverwaltung eine solche Offenlegung zu scheuen habe?

Deutschland wird auf Offenlegung der Steuerlisten nicht verzichten können. Hier bietet sich nämlich ein Weg, um ohne Erhöhung der Steuersätze, ohne Preissteigerungen, ohne Schwächung der Kaufkraft usw. eine neue grosse Einnahmequelle für die Finanzen zu erschliessen. Andererseits, wie gross müssen die Steuerhinterziehungen sein, wenn die Offenlegung immer wieder an dem Widerstand der Besitzenden scheitert?

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 28. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. 100, abfallende Ware 90 RM. Tendenz: sehr ruhig.

Wieder schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 28.November)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend sehr ruhiges Geschäft. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich für Weizen stärkere, für Roggen geringere Abschwächungen. Im Handel mit effektiver Ware war das Angebot weiter gering; jedoch blieb auch die Nachfrage sehr klein. Soweit Abschlüsse zustande kamen, zogen die Preise etwas an, sodass für Weizen um 2 Mark, für Roggen um 1 Mark höhere Preise notiert wurden. Der Mehlmarkt blieb vollkommen leblos. Die Forderungen der Mühlen lauten noch unverändert; jedoch scheinen sie bei ernsthaften Käufern zu Entgegenkommen bereit zu sein. Der Hafermarkt blieb gleichfalls geschäftslos. Das Angebot war klein, die Forderungen lauteten unverändert. Braugerste war vollkommen vernachlässigt. In Futtergerste herrschte kleines Geschäft in nachgebenden Preisen.

	27.Nov.	28.Nov.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	221 - 224	223 - 226
Roggen	196 - 198	197 - 199
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriegerste	157 - 160	155 - 159
Hafer	144 - 148	143 - 148
Weizenmehl	27,75 - 31,75	27,75 - 31,75
Roggenmehl	26,75 - 29,15	26,75 - 29,00
Weizenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,50
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 233 (Vortag 234¾), März 243-242½ (243½), Roggen Dezember 203½ (204), März 211 (212), Hafer Dezember 161 (162), März - (170½).

SPD. Bei dem sächsischen Gusstahlwerk Döhlen in Freital, an dem der sächsische Staat mit 2 Millionen Mark und die Stadt Freital mit 1 Million Mark beteiligt sind, hat sich im verflossenen Geschäftsjahr ein Verlust von 1,96 Millionen Mark (im Vorjahr 3,38 Millionen Mark) ergeben. Der Verlust soll aus Buchgewinnen, die bei der Sanierung gemacht worden sind, gedeckt werden. Die Bilanz macht trotz der Sanierung einen wenig erfreulichen Eindruck. Es werden sicherlich noch grosse Abschreibungen notwendig sein, ehe man zu einer Rentabilität kommt.

SPD. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine weist für den Monat Oktober einen Wochenumsatz in Höhe von 6,45 Mark pro Mitglied nach gegenüber 6,51 Mark im September 1931, 8,52 Mark im Oktober 1930 und 9,79 Mark im Oktober 1929. Je mehr die Arbeitslosigkeit um sich greift und je stärker die Löhne und Gehälter beschnitten werden, desto erheblicher wird die konsumgenossenschaftliche Umsatzentwicklung beeinträchtigt. Die durchschnittliche Bedarfsgüterentnahme eines Mitgliedes der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes ist im Oktober 1930 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um mehr als 24 Prozent gesunken. Die Entwicklung des Gesamtumsatzes der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes ist jedoch bei weitem nicht mit einem Rückschlag in diesem Umfang belastet.

Gewerkschaftliche Rundschau

Kürzung der Invalidengroschen?

SPD. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, der 350 000 Rentenempfänger in seinen Reihen vereinigt, veranstaltet in diesen Tagen im ganzen Reich grosse Protestkundgebungen gegen den geplanten Abbau der Invalidenrenten. Er beschränkt sich jedoch nicht auf Proteste, sondern zeigt auch einen gangbaren Weg zur Behebung der akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung.

Die Finanzlage der Invalidenversicherung ist schlecht, aber nicht so schlecht, dass eine Sanierung zu Lasten der Invalidenrentner überstürzt werden muss. In diesem Jahre werden die Ausgaben der Versicherung um mehr als 200 Millionen Mark höher sein als ihre Einnahmen. Das Versicherungsvermögen betrug am 1. Juli aber nur noch rund 1 500 Millionen Mark. Davon kann im besten Fall nur der dritte Teil zur Bestreitung der laufenden Ausgaben flüssig gemacht werden, während das übrige Vermögen in festen Werten angelegt ist, die zur Zeit nicht oder nur sehr schwer flüssig gemacht werden können.

Die I.V. hatte vor dem Krieg ein Vermögen von rund 2 100 Millionen Mark. Bei normaler Entwicklung wäre das Vermögen bis heute sicherlich auf mehr als 4 Milliarden Mark angewachsen. Allein Krieg, Inflation, Rationalisierung und Wirtschaftskrise haben auch für die I.V. verheerende Wirkungen gehabt. Verlust des Vermögens, gewaltiger Beitragsausfall, ausserordentliches Ansteigen der Invalidenziffern als Folge des Kriegs und der Rationalisierung, Belastung mit Ausgaben, für die die Versicherung keine besonderen Einnahmen hat, Fortfall von früher gegebenen Reichszuwendungen - all das hat die Invalidenversicherung in eine katastrophale Lage gebracht. Nur ahnungslose Schwätzer können immer wieder die Behauptung aufstellen, die Invalidenversicherung sei schlecht verwaltet gewesen oder sie habe Rentenverschwendung getrieben. Die Voraussetzungen, die für den Bezug von Rentenleistungen aus der I.V. erfüllt werden müssen, nämlich Erreichung des 65. Lebensjahres oder Verlust von mehr als 2/3 der Arbeitsfähigkeit, ferner die entscheidende Mitwirkung der Vertrauensärzte und der Versicherungsgerichte bieten jede Gewähr dafür, dass gerade in der Invalidenversicherung "Rentenjägerei" zwecklos ist. Man muss in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass in der Angestelltenversicherung die Rente bereits gewährt wird, wenn nur 50% Berufsunfähigkeit vorliegen, und dass den Witwen der Angestellten die Rente auf jeden Fall gegeben wird, wenn die Wartezeit nachgewiesen und die Anwartschaft erfüllt ist. Von zu hohen Rentenleistungen in der I.V. kann ebenfalls nicht gesprochen werden. Trotz mehrmaliger geringer Erhöhungen in den letzten Jahren sind die Invalidenrenten heute durchschnittlich nicht höher als 37 Mark im Monat, während die Witwenrenten aus der I.V. durchschnittlich 23 Mark im Monat betragen.

Die Rentenleistungen der I.V. haben heute einen ganz anderen Sinn als in der Vorkriegszeit. Damals konnte man vielleicht noch mit einem Schein von Recht davon sprechen, dass in vielen Fällen die kleine Invalidenrente als eine zusätzliche Hilfe zu den sonstigen Einkommen der Rentenempfänger (Ersparnisse, Zuwendungen der Kinder, gelegentliche Nebenverdienste) betrachtet werden könne. Heute sind diese gelegentlichen und sonstigen Einnahmemöglichkeiten in den allermeisten Fällen verschwunden. In Millionen von Haushaltungen bildet heute die Invalidenrente die Existenzgrundlage. Damit ist aber natürlich nicht ge-

sagt, dass die Rente auch nur einigermassen den Lebensunterhalt sichert. Der dritte Teil aller Rentenempfänger muss heute neben seiner Rente noch zusätzlich Unterstützung aus der öffentlichen Fürsorge beziehen, und auch die übrigen Rentner fristen zumeist nur ein erbärmliches Dasein.

Trotzdem fordert die Sozialreaktion einen Rentenabbau um 30 Prozent, und auch das genügt ihr noch nicht: der Angriff der Rechtsparteien auf die Versicherung wird immer schärfer wiederholt, und auch die Herren Nationalsozialisten beeilen sich, tagtäglich in ihrer Presse die Sozialversicherung ebenso frech wie dämlich herunterzureissen und so den Angriff der Scharfmacher gegen die Invalidenrenten indirekt zu unterstützen.

Besonders bedauerlich ist, dass vor kurzem der Ständige Ausschuss des Reichsverbandes deutscher Landesversicherungsanstalten in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister ebenfalls einen Abbau der Renten fordert und der Minister hat selbst in unmissverständlicher Weise angedeutet, dass neben der Unfallversicherung auch die Invalidenversicherung Opfer bringen könne. Kürzung der I.V. bedeutet aber nichts anderes als eine weitere schwere Belastung der Gemeinden, deren Fürsorgeleistungen dann eben noch stärker angespannt werden, bedeutet nur Steigerung der Not in Millionen von Haushaltungen und damit Verschärfung der politischen Verzweiflungsstimmung.

Fpr die Ueberwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten der Invalidenversicherung haben die Arbeiterorganisationen einen Weg gezeigt. Reich, Länder und Gemeindeverbände sollen nur endlich einmal ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen. Auch die Christlichen Gewerkschaften verlangen, dass, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird, unbedingt alle Möglichkeiten der Sanierung überprüft werden. "Wenn wir", so bemerkt "Der Deutsche", die Tageszeitung der Christen, "schon so weit sind, dass an sich unzulängliche Renten gekürzt werden müssen, dann ist es unmöglich, wenn anderen Bevölkerungsteilen durch eine regelrechte Liebesgabenpolitik Zuwendungen gemacht werden. Wir denken z.B. an die Tragikomödie des Branntweinmonopols, das bei gründlicher und schon längst fälliger Reform sicher 100 Millionen Mark mehr erbringen könnte, die der Invalidenversicherung zufliessen könnten."

Wenn der Staat Liebesgabenpolitik treiben kann, wenn er privaten Bankrotteuren zu Hilfe kommt, dann wird er wohl auch der Sozialversicherung, die nicht durch die Schuld der Versicherten in Schwierigkeiten geraten ist, zu Hilfe eilen können, zumal diese Hilfe nur die Einlösung einer Verpflichtung darstellt. Oder soll schon jetzt, wo zunächst nur der Schatten des Dritten Reiches sichtbar ist, das Messen mit zweierlei Mass die Regel werden?

SPD. In der Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, "Deutsche Handelswacht" (Nr.17 vom 25.November) will Max Habermann, Verwaltungsmitglied des Verbandes, unter die von ihm durch einen Artikel angeregte Debatte über das Thema "Brüning und Hitler" einen Schlusstrich ziehen. Der entscheidende Abschnitt darin, der sich mit der Haltung der Hitlerpartei in den Gewerkschaftsfragen befasst, lautet nach einer Mitteilung des dem D.H.V. nahestehenden "Politisch-Gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes" folgendermassen:

"Bei den Nationalsozialisten liebt man eine kräftigere Aussprache als die sorgfältig geschliffeneren Zentrumsäusserungen. Aber gegen die Folgerichtigkeit unserer Forderung ist kein ernsthafter Einwand erhoben worden. In der vertrauensvollen Aussprache, die Bechly (Verbandsvorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. D.Red.) und ich (Habermann. D.Red.) über die Gewerkschaftsfragen mit Hitler und Gregor Strasser in München gehabt haben, haben diese beiden Führer der Nationalsozialistischen Partei sich so eindeutig auf den Boden der gegebenen sozial- und gewerkschaftspolitischen

Notwendigkeiten gestellt, dass Harzburg als Hoffnung der sozialpolitischen Reaktionäre erledigt ist. Aeusserungen unverantwortlicher kleiner Parteizirkel oder lokaler Betriebszellengruppen können die uns gegebenen Erklärungen in keiner Weise erschüttern."

Dazu bemerkt der "Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst": "Diese Erklärungen Hitlers über die Haltung zu den sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten sind so eindeutig, dass damit wohl die Haltung der Partei zu den Gewerkschaften ein für allemal geklärt ist."

Wir finden eine solche Art von "Klärung" einer für die Gewerkschaften bedeutsamen Frage reichlich merkwürdig. Was hat denn nun Herr Hitler den DHV-Führern eigentlich gesagt? Darf das die Oeffentlichkeit nicht wissen? Aus dem "entscheidenden Abschnitt" des "Schlusstrichs" des DHV zu dem Thema "Brüning und Hitler" ist gar nichts zu entnehmen als das eine, dass die DHV-Führer und Herr Hitler sich gefunden haben. Mit einer Verständigung zwischen Hitler und dem DHV ist aber die Haltung der Hitlerpartei zu den Gewerkschaften noch keineswegs bereits geklärt. Bis jetzt hat es nämlich Herr Hitler noch immer nicht über sich gebracht, die an ihn vom "Deutschen", dem Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften, gerichteten Fragen über seine Stellung zu den Gewerkschaften öffentlich und klar und deutlich zu beantworten. Diese Fragen forderten Aufklärung darüber, ob Hitler mit seiner Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sei, ob er gemeinsam mit Hugenberg die deutsche Sozialversicherung zerschlagen wolle und ob er es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar halte, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen lasse. Diese bis jetzt nicht beantworteten Fragen können durch irgend eine "vertrauensvolle Aussprache" zwischen Hitler und einigen DHV-Führern nicht abgetan werden. Wenn der DHV durch diese Aussprache zufrieden gestellt ist, so wundert uns das nicht; denn im DHV ist schon längst der Einfluss Hitlers obenauf.

Wie steht Hitler zu den Gewerkschaften? Diese Frage ist noch nicht geklärt. Hitler muss sie erst noch offen und deutlich beantworten.

"Vor allem, du mein Kind, sei treu, deutsch und wahr!"

SPD. Im Lohnstreit des Ruhrkohlenbergbaus hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch vom 26. November, der die Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne bis Ende des Jahres vorschlägt, für verbindlich erklärt. -

Der Zechenverband will das verlängerte Lohnabkommen sofort wieder kündigen. Es sind also für Ende Dezember neue Lohnstreitigkeiten zu erwarten.

SPD. Die neuen Arbeitszeitverhandlungen, die dieser Tage im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind auch für die Chemie ebenso wie für die Industriegruppe Steine und Erden resultatlos verlaufen. Die Arbeitgeber ersuchten die Regierungsvertreter von der geplanten Notverordnung zur Einführung der Vierzigstundenwoche abzusehen. Auf dem Wege der freien Uebereinkunft sei das gesteckte Ziel eher zu erreichen. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, sie seien bereit, auf eine Notverordnung zu verzichten, wenn die Arbeitgeber auf ein Kurzarbeitsabkommen eingehen. -

Die ewigen Versprechungen der Arbeitgeber in der Frage der Arbeitszeitverkürzung kennt man zur Genüge. Die Herrschaften wollen nur Zeit gewinnen. Im Dritten Reich können sie ja kommandieren.

SPD. Für die kaufmännischen Angestellten Gross-Breslaus wurde ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1.Dezember die Gehälter um 6½% senken will. Die Bezüge der Lehrlinge und Jugendlichen unter 20 Jahren sollen um 3% gekürzt werden.

SPD. Die englische Pfundkrise stürzte die deutschen Kristallglasindustrie in grosse Absatzschwierigkeiten. Im Riesengebirge sind bereits verschiedene Kristallglaswerke stillgelegt worden.

SPD. Die Deutsche Bauwirtschaft gleicht einem Trümmerhaufen. Soweit noch hier und da einige Bauarbeiter beschäftigt sind, werden die in den verschiedenen Notverordnungen für das Jahr 1932 vorgesehenen Massnahmen auch diese letzten noch beschäftigten Bauarbeiter zum Stempeln zwingen, wenn nicht im letzten Augenblick der wirtschaftspolitische Kurs geändert wird. Der Bundesvorstand des Deutschen Baugewerksbundes nimmt diese verzweifelte Lage des Baugewerbes zum Anlass, sich in einer umfangreichen Denkschrift mit der seit Ende 1930 von der Reichsregierung betriebenen Bau- und Wohnungspolitik gründlich auseinanderzusetzen. Die Denkschrift wird in einigen Tagen der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Die wichtigsten Forderungen der Denkschrift hat der Bundesvorstand der Reichsregierung bereits übermittelt. Sie lauten:

Die Regierung soll die sofortige Bereitstellung eines Bauzwischenkredites zur Wiederingangsetzung des Wohnungsbaus veranlassen. Die durch die Notverordnung vom 1.Dezember 1930 angeordnete Senkung der Realsteuern ist wieder aufzuheben. Die für den 1.Januar 1932 vorgesehene Erhöhung des Zinssatzes für Aufwertungshypotheken und Eigenkapital muss unterbleiben. Der bis zum Jahre 1929 für den Wohnungsbau verwendete Teil der Hauszinssteuer ist wieder für den Wohnungsbau sicherzustellen. Die Hauszinssteuer ist unter Wahrung des bisherigen Aufkommens in eine ablösbare dringliche Last umzuwandeln. Bei sämtlichen schon bestehenden Hypothekenverträgen ist die Tilgung für die Dauer von 5 Jahren auf ½% herabzusetzen. Eine entsprechende Regelung ist für Pfandbriefe zu treffen. Die Zinsen für langfristige Kredite sind herabzusetzen. Für die Ausgabe festverzinslicher Wertpapiere ist ein Mindestauszahlungskurs gesetzlich festzusetzen. Auf festverzinsliche Werte ist wieder eine Kapitalertragssteuer einzuführen. Die Eingänge hieraus sind für den Wohnungsbau zu verwenden. Die Beschaffung nachstelliger Hypotheken ist durch Schaffung eines besonderen Realkreditinstituts planmässig zu organisieren.

Von den Bauarbeitern sind zur Zeit rund 75% arbeitslos. Wenn die Regierung vermeiden will, dass für diese verzweifelnden Massen in kürzester Frist eine besondere Notstandsaktion notwendig wird, dann muss sie den Forderungen des Baugewerksbundes Rechnung tragen.

SPD. Im Berliner Gewerkschaftshaus tagte am Sonnabend eine Bezirkskonferenz des Afa-Kartells Brandenburg. Die organisatorische Entwicklung im Bezirk war, wie aus dem Geschäftsberichts des Bezirksleiters Flatau hervorgeht, nicht ungünstig. Trotz der schweren Krise hat es im Bezirk keine nennenswerten Rückschläge gegeben. Am 1.Januar ds.J. zählte der Bezirk 84 950 Mitglieder, zur Zeit zählt er 82 440, wozu aber durch den Anschluss des Gesamtverbands mit seinen Angestellten an den Afabund 4300 neue Mitglieder hinzukommen. Der Gesamtmitgliederbestand des Bezirks beträgt zur Zeit 86 740. Der Geschäftsbericht fand einmütige Billigung der Konferenz.